

Eine halbe Demokratiebewegung – ein kritischer Kommentar

Von Wilfried Gaum¹ (Stand: 27.11.2025)

Seit den Veröffentlichungen der Medienplattform am 10. Januar 2024 über ein bereits im November 2023 stattgefundenes Treffen von AfD-Mitgliedern, Unternehmern, Ärzten, Juristen und CDU-Mitgliedern in Potsdam, die über Abschiebe- und Vertreibungspläne von Migranten und nicht mit der deutschen „Leitkultur“ konformen Menschen mit deutschem Pass diskutierten, rollt seit fast 2 Jahren eine Welle des demokratischen Protests durch Deutschland. Die Teilnehmerzahlen an den Kundgebungen, Demonstrationen, Lichterketten und anderen Aktionen gehen mittlerweile in die Millionen, die Teilnehmer bilden von der explizit antikapitalistischen Antifa bis hin zu Unternehmerverbänden und Unternehmen, die Rassismus unter dem Gesichtspunkt, dass dieser der deutschen Wirtschaft und damit „unserem Wohlstand“ – ist auch der der 5,7 Millionen Bürgergeldbezieher gemeint? – schaden könnte, eine viele Segmente der deutschen Gesellschaft erfassende Fronde zur Abwehr insbesondere der AfD. Dabei gehen auch in den ostdeutschen Bundesländern mutige Demokraten auf die Straße und überlassen öffentliche Räume nicht mehr den Neonazis, Rassisten und Autoritären und ihrer parlamentarischen Vorfeldorganisation. Vielfach bemüht werden Aussagen zur „Verteidigung unserer Demokratie“, „gegen Rassismus und für Toleranz“, „gegen Ausgrenzung, für Vielfalt,“ auch gegen „Extremismus.“ Ja, auch Forderungen nach einem Verbot der AfD, ihrer besonders faschistischen Landesverbände oder der Entzug staatlicher Parteienfinanzierung sind zu sehen.

Zunächst: Was ist die Frontstellung gegen Rassismus wert, wenn, wie in Hannover und andernorts Politiker aus SPD und Grünen ohne erkennbare Gegenrede aus den Demonstrationen Stellung nehmen gegen Rassismus und Diskriminierung, die wie der damalige Kanzler Olaf Scholz noch ein paar Wochen zuvor auf dem Titelblatt des „Spiegel“ Abschiebungen von Geflüchteten in großem Umfang gefordert haben (Stichwort: „Rückführungsvereinfachungsgesetz“), jetzt auf Bundesebene wenig gegen die rechtswidrigen Praktiken des Mitkoalitionärs Dobrindt einzuwenden haben und eben diese Landespolitiker ebenso nichts gegen das Hochziehen tödlicher Mauern gegen Flüchtende tun, es sei denn, sie kommen „aus den richtigen Ländern“, wie der Ukraine. Diese Ungleichbehandlung gegenüber Klima- oder Kapitalismusflüchtlingen ist schon selbst ein Skandal. Nicht nur, dass es Augenwischerei ist, die jetzigen und erst recht nicht die kommenden Fluchtwellen mit Frontex, Abschiebungen in angeblich sichere Drittstaaten und Bezahlkarten in den Griff zu bekommen, es gibt „dem Affen Zucker.“ Wir werden mit jedem Zehntelgrad der Klimaerwärmung eine sich ausweitende Todeszone im Süden bekommen, in denen menschliches Leben nicht möglich oder unerträglich sein wird. Und aus solchen Situationen fliehen Menschen nun einmal. Jede Mauer, die dagegen vermeintlich hilft, wirkt auch auf die Gesellschaften zurück, die sie errichten – und das nicht in demokratischem Sinn. Warum wohl geraten die Seenotretter im Mittelmeer immer stärker ins Visier strafrechtlicher Regeln, die im postfaschistischen Italien ja nur ausprobiert werden, aber durchaus auch bei uns Diskussionsstoff sind? Wir werden uns in vollem Bewusstsein der Tatsache stellen müssen, dass die Klimakatastrophe immer mehr zu einem Prüfstein demokratischer Verhaltens- und

Regierungsformen werden wird. Wohlfühlformeln werden dann nichts mehr nützen.

Was aber ist genau mit „Verteidigung unserer Demokratie“ gemeint? Welche Demokratie ist gemeint? Zunächst: Muss es nicht präziser um die Verteidigung von Grundrechten gehen, die sich aus Art. 1 unserer Verfassung, der Menschenwürdegarantie ergeben und die weitgehend von allen Menschen in Anspruch genommen werden können, die auf deutschem Boden leben? Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden, Art. 3 Abs. 3 Grundgesetzes. Wenn dieser Verfassungsgrundsatz, der sich als Abwehrrecht zunächst gegen staatliche Zumutungen richtet, zum selbstverständlichen Bestandteil unseres Lebens mit- und untereinander werden soll, dann haben die Demonstrationen und Manifestationen ihren Sinn. Daran wäre aber zu arbeiten und das hat mit der „Toleranz“, die allenthalben von wohlmeinenden Bürgerinnen und Bürgern hochgehalten wird, nichts zu tun. Wer toleriert, der nimmt lediglich hin, duldet. Darum geht es aber nicht: es geht um gleiche Rechte, gleiche Berechtigung, gleichen Diskurs. Man kann auch sagen: Demokratie als Lebensform. Sozialdemokraten konnten einmal etwas mit dieser Formel anfangen. Natürlich geht es auch um ihre Grenzen, über die auch zu diskutieren wären.

Und hier bin ich beim nächsten Thema: um welche Art von Demokratie geht es? Um die Stimmzetteldemokratie, die mit gewagter theoretischer Konstruktion von einem Gesellschaftsvertrag ausgeht, dass es so, wie es ist, gut ist? Dass über die Wahl politischer Parteien der Souverän, das Volk, alle vier oder fünf Jahre seine Repräsentanten wählt und ansonsten am institutionellen Prozess nicht mehr maßgeblich teilnimmt? Wer diese Form von Demokratie meint, die verteidigt werden müsse, der hat von der tiefen Legitimationskrise der länger etablierten politischen Parteien ebenso wenig Kenntnis genommen wie von der Krise der parlamentarischen Entscheidungsprozesse, in denen Lobbyinteressen im Zweifel doch mehr Gewicht haben als die Wählerinnen und Wähler. Geht es nicht vielmehr um eine soziale Demokratie, in der ALLE materiell so gesichert sind, dass sie am politischen und kulturellen Leben gleichberechtigt teilnehmen können, wenn sie wollen? Um eine soziale Grundierung politischer Demokratie zudem, in der wir auch in der Zeit in und bei der Arbeit gleichberechtigt mit Anderen über diese zentralen acht bis zehn Stunden unseres täglichen Lebens selbst entscheiden, sich selbst die Regeln geben, ohne Fremdbestimmung unter dem Druck von Profit und Gewinnmaximierung? Das wäre doch eine soziale Demokratie, eine Demokratie als Lebensform, eine ganze Demokratie. Diese Überlegungen sehe ich in dieser Demokratiebewegung nicht, ich sehe keine Utopie einer ganzen statt einer halben Demokratie. Sicher, die Zweifler, Nörgler, Kritiker, Beschwörer des Phantoms einer geschlossenen Gesellschaft mit weißer Hautfarbe werden nicht alle zu überzeugen sein, aber das Ziel einer ganzen Demokratie würde den energetischen Stoff dafür liefern, genau diese Gegner einer Gesellschaft der gleichen Menschenwürde nicht nur aufzuhalten, sondern zu überwinden.

Ist es nicht Aufgabe der Freunde der Demokratie, genau dies zu tun? Die Beschwörung und Verteidigung des Status quo werden nicht reichen.

¹ Wilfried Gaum ist Mitglied des Vorstands des Forums für Politik und Kultur e.V. Dieser Beitrag stellt seine persönliche Meinung dar.